



Bescheid

I. Spruch

1. Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) stellt im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter und Mediendienstanbieter gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2025, in Verbindung mit den §§ 61 Abs. 1 und 62 Abs. 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 135/2023, fest, dass die Salzburger Nachrichten Medien GmbH & Co. KG (FN 177186v) die Bestimmung des § 9 Abs. 1 AMD-G dadurch verletzt hat, dass sie als Anbieterin des
 - a. seit zumindest mehr als zwei Monaten unter <https://www.sn.at/video> bereitgestellten audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „Salzburger Nachrichten“,
 - b. seit zumindest mehr als zwei Monaten unter <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> bereitgestellten audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „salzburgernachrichten“ sowie
 - c. seit zumindest mehr als zwei Monaten unter https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr bereitgestellten audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „Salzburger Nachrichten“ihre Tätigkeit nicht jeweils spätestens zwei Monate nach Aufnahme der KommAustria angezeigt hat.
2. Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G wird festgestellt, dass es sich bei der Rechtsverletzung gemäß Spruchpunkt 1. um keine schwerwiegende Verletzung des AMD-G handelt.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 21.07.2025 leitete die KommAustria gegen die Salzburger Nachrichten Medien GmbH & Co. KG (in der Folge: Mediendienstanbieterin) ein Rechtsverletzungsverfahren gemäß §§ 61 Abs. 1 und 62 Abs. 1 AMD-G wegen des Verdachts der Nichtanzeige von audiovisuellen Mediendiensten, abrufbar unter <http://www.sn.at/video>, unter <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> und unter

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Mariahilfer Straße 77–79
1060 Wien, Österreich
www.rtr.at

E: rtr@rtr.at
T: +43 1 58058 - 0

https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr, ein. Darüber hinaus wurden die gesetzlichen Kriterien für das Vorliegen eines anzeigespflichtigen Abrufdienstes gemäß § 2 Z 3 und 4 AMD-G dargelegt und der Mediendiensteanbieterin die Möglichkeit einer Stellungnahme dazu eingeräumt.

Mit Schreiben vom 24.07.2025 nahm die Mediendiensteanbieterin dazu Stellung und führte im Wesentlichen dazu aus, dass in Ermangelung eines Bewusstseins der Anzeigeverpflichtung eine Anzeige unterblieb. Die bereitgestellten Angebote bestünden aus selbsterstellten Videos und von dritter Seite (APA – Austria Presse Agentur eG und Österreichischer Rundfunk) bezogene Videos, politischer bzw. gesellschaftspolitischer Natur. Direkte Umsätze würden daraus nicht lukriert werden, weshalb keine Anzeigepflicht angedacht gewesen sei. Mit gleichzeitiger Eingabe holte die Mediendiensteanbieterin die Anzeige der gegenständlichen Angebote nach, dies unter Angabe des Aufnahmezeitraums Mai 2019.

2. Sachverhalt

Auf Grund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

2.1. Allgemeines

Die Mediendiensteanbieterin, vormals „Salzburger Nachrichten“ Verlagsgesellschaft m.b.H. & Co. KG, ist eine zu FN 177186v eingetragene Gesellschaft.

Sie ist als Anbieterin des Abrufdienstes „Salzburger Nachrichten“, abrufbar unter www.youtube.com/channel/UCLJ8TijOSL4CxheypEDc_Kg, bei der KommAustria seit 03.05.2019, zu KOA 1.950/19-028, registriert. Dieser YouTube-Kanal mit derzeit ca. 14.400 Abonnenten bietet Inhalte aus den Sparten Nachrichten, Innenpolitik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Chronik an; im Informationsbereich des Kanals wird auf die drei hier verfahrensgegenständlichen Angebote, nämlich die eigene Homepage sowie den Instagram- und den Facebook-Kanal, verlinkt.

Abbildung 1: anonymisiert

Des Weiteren ist die Mediendiensteanbieterin Betreiberin der drei hier verfahrensgegenständlichen Angebote, nämlich der unter <https://www.sn.at/video>, <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> und https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr bereitgestellten audiovisuellen Mediendienste auf Abruf. Bei den Angeboten handelt es sich um selbsterstellte Videos und von dritter Seite (APA – Austria Presse Agentur eG und Österreichischer Rundfunk) bezogene Videos politischer bzw. gesellschaftspolitischer Natur. Aus diesen drei Angeboten selbst werden keine direkten Umsätze lukriert.

Das bereitgestellte Videoangebot „Salzburger Nachrichten“, abrufbar unter www.youtube.com/channel/UCLJ8TijOSL4CxheypEDc_Kg, ist zwar weitgehend, aber nicht vollumfänglich ident mit den audiovisuellen Inhalten, die unter <https://www.sn.at/video>, <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> und https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr bereitgestellt werden.

Die Anzeige des Kanals der eigenen Homepage sowie des Instagram- und Facebook-Kanals erfolgte mittels Eingaben vom 24.07.2025.

2.2. Der unter <https://www.sn.at/video> abrufbare Kanal

Abbildung 2: anonymisiert

Auf dem unter <https://www.sn.at/video> abrufbaren Kanal ist das Bereitstellungsdatum des Gesamtangebots der 1. Mai 2019. Es werden nahezu täglich Videos hochgeladen. Die Anzahl der Follower oder der Aufrufe des Kanals der eigenen Webseite ist nicht ersichtlich.

2.3. Der unter <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> abrufbare Kanal

Abbildung 3: anonymisiert

Die Mediendiensteanbieterin betreibt weiters den unter <http://www.instagram.com/salzburgernachrichten> abrufbaren Instagram-Kanal „salzburgernachrichten“. Bei diesem Instagram-Kanal werden audiovisuelle Inhalte in Form von Reels zum Abruf bereitgestellt. Der Kanal hat ca. 52.700 Follower und verlinkt im Informationsbereich des Kanals unter Angabe: „Die Geschichten hinter den Bildern und Videos lest ihr unter [sn.at/instagram](https://www.sn.at/instagram)“ auf die eigene Homepage. Der Kanal besteht seit 5. Dezember 2019.

2.4. Der unter https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr abrufbare Kanal

Abbildung 4: anonymisiert

Die Mediendiensteanbieterin betreibt zudem das Angebot „Salzburger Nachrichten“ abrufbar unter https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr. Die audiovisuellen Inhalte werden in Form von Reels zum Abruf bereitgestellt. Der Kanal mit dem Slogan „MEHRWISSEN“ hat ca. 145.604 Follower und verlinkt im Informationsbereich des Kanals auf die eigene Homepage und deren YouTube-Kanal. Dieser Kanal besteht seit 1. Mai 2019.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zur Tätigkeit der Mediendiensteanbieterin als Anbieterin des Abrufdienstes „Salzburger Nachrichten“, abrufbar unter

www.youtube.com/channel/UClJ8TijOSL4CxheypEDc_Kg, beruht auf dem zitierten Akt der KommAustria.

Die Feststellungen zu den von der Mediendienstanbieterin angebotenen Inhalte auf der eigenen Webseite und den Facebook- und Instagram-Kanälen beruhen auf der behördlichen Einsichtnahme in die bereitgestellten Angebote. Diese erfolgte zuletzt am 25.11.2025 und am 30.12.2025.

Die Feststellung, dass die Anzeige gemäß § 9 Abs. 1 AMD-G für die gegenständlichen Dienste mit Eingaben vom 24.07.2025 erfolgt ist, beruht auf der entsprechenden Einbringung der Mediendienstanbieterin und den Akten der KommAustria.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KOG obliegt der KommAustria unter anderem die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht nach den Bestimmungen des AMD-G.

Gemäß § 66 Abs. 1 AMD-G ist Regulierungsbehörde im Sinne dieses Bundesgesetzes die gemäß § 1 KOG eingerichtete KommAustria.

Gemäß § 61 Abs. 1 AMD-G entscheidet die KommAustria über Verletzungen von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden.

Gemäß § 62 Abs. 1 AMD-G besteht die Entscheidung der KommAustria in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung dieses Bundesgesetzes verletzt worden ist.

4.2. Verletzung des § 9 Abs. 1 AMD-G

§ 2 AMD-G lautet auszugsweise:

„Begriffsbestimmungen

§ 2. Im Sinne dieses Gesetzes ist:

[...]

3. *audiovisueller Mediendienst: eine Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, bei der der Hauptzweck oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendienstanbieters der Allgemeinheit Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung über elektronische Kommunikationsnetze (Art. 2 Z 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation, ABl. Nr. L 321 vom 17.12.2018, S. 36) bereitzustellen; darunter fallen Fernsehprogramme und audiovisuelle Mediendienste auf Abruf;*

4. *audiovisueller Mediendienst auf Abruf: ein audiovisueller Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter für den Empfang zu dem vom Nutzer gewählten Zeitpunkt und auf dessen individuellen Abruf hin aus einem vom Mediendienstanbieter festgelegten Programmkatalog bereitgestellt wird (Abrufdienst);*

[...]“

§ 9 AMD-G lautet auszugsweise:

„Anzeigepflichtige Dienste

§ 9. (1) Fernsehveranstalter, soweit sie nicht einer Zulassungspflicht nach § 3 Abs. 1 unterliegen, haben ihre Tätigkeit spätestens zwei Wochen vor Aufnahme der Regulierungsbehörde anzuzeigen, Anbieter von Abrufdiensten spätestens zwei Monate nach Aufnahme der Tätigkeit. [...]“

4.2.1. Vorliegen eines audiovisuellen Mediendienstes

Verfahrensgegenständlich ist vorab zu klären, ob die Mediendienstanbieterin audiovisuelle Mediendienste im Sinne § 2 Z 3 AMD-G, und zwar audiovisuelle Mediendienste auf Abruf im Sinne des § 2 Z 4 AMD-G anbietet, welche der Anzeigepflicht gemäß § 9 Abs. 1 AMD-G unterliegen.

Aus den Erläuterungen zur Regierungsvorlage (RV 611 BlgNR, 24. GP) ergibt sich, dass ein audiovisueller Mediendienst gemäß § 2 Z 3 AMD-G – entsprechend den Vorgaben der AVMD-RL (vgl. Art. 1 lit. a bis d AVMD-RL sowie ErwG 16 bis 23 AVMD-RL) – kumulativ sechs Kriterien erfüllen muss:

- Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV
- eines Mediendienstanbieters unter dessen redaktioneller Verantwortung
- mit dem Hauptzweck
- der Bereitstellung von Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung
- der allgemeinen Öffentlichkeit
- über elektronische Kommunikationsnetze.

Im Sinn des kumulativen Vorliegens der gesetzlichen Kriterien führt auch Erwägungsgrund 29 AVMD-RL Folgendes aus: „alle Kriterien eines audiovisuellen Mediendienstes gemäß seiner Definition und gemäß den Erläuterungen in den Erwägungsgründen 21 bis 28 sollten gleichzeitig erfüllt sein.“

4.2.1.1. Dienstleistung

Zur Frage der Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV führt Erwägungsgrund 21 zur Stammfassung der AVMD-RL (Richtlinie 2010/13/EU) aus:

„Er [der Begriff der audiovisuellen Mediendienste] sollte nur Dienstleistungen im Sinne des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erfassen, also alle Arten wirtschaftlicher Tätigkeiten, auch die öffentlich-rechtlicher Unternehmen, sich jedoch nicht auf vorwiegend nichtwirtschaftliche Tätigkeiten erstrecken, die nicht mit Fernsehsendungen im Wettbewerb stehen, wie z.B. private Internetseiten und Dienste zur Bereitstellung oder Verbreitung audiovisueller Inhalte, die von privaten Nutzern für Zwecke der gemeinsamen Nutzung und des Austauschs innerhalb von Interessengemeinschaften erstellt werden.“

In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage zur AMD-G-Novelle BGBl. I Nr. 150/2020 (RV 462 BlgNR 27. GP, 3) finden sich – ungeachtet des Umstandes, dass es durch diese Novelle hinsichtlich des

Dienstleistungsbegriffs zu keiner inhaltlichen Änderung kam – folgende Ausführungen zur Definition des audiovisuellen Mediendienstes:

„Von zentraler Bedeutung für das Vorliegen eines derartigen Dienstes sind daher unverändert das Begriffselement der Dienstleistung, aus dem sich ableiten lässt, dass es um die einer Entfaltung einer regelmäßigen und nicht bloß sporadisch oder unregelmäßig vereinzelt ausgeübten Tätigkeit geht, die zumeist auch auf die Erzielung von Einkünften abstellt. [...] Nach wie vor gilt nach ErwG 21 der Richtlinie 2010/13/EU, dass die Regelungen nicht auch ‚nichtwirtschaftliche Tätigkeiten‘ erfassen. Eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit ist gegeben, wenn ein kostenloser Zugang der Öffentlichkeit zu einer kulturellen Aktivität besteht, da in diesen Fällen ein rein sozialer und/oder kultureller Zweck vorliegt, solange nicht mit Werbeeinnahmen ein Beitrag zu den Kosten erwirtschaftet oder sonst eine Vergütung für die erbrachte Dienstleistung gewährt wird.“

Unter einer Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV sind Leistungen zu verstehen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Leistungen einen wirtschaftlichen Charakter in einem weiteren Sinn aufzuweisen haben und dass die Leistungen zumindest zu Erwerbszwecken (zur Erzielung von Einkünften) erfolgen müssen. Dabei ist der Begriff der wirtschaftlichen Gegenleistung extensiv auszulegen und schließt somit auch „Umwegrentabilitäten“ ein (vgl. *Kogler/Traimer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, S. 434, mwN).

Wie auch die bereits oben zitierten Erläuterungen zur Regierungsvorlage zur Novelle BGBl. 150/2020 (462 BlgNR 27. GP, 3) ausführen, ist eine nicht-wirtschaftliche Tätigkeit nur gegeben, solange nicht mit Werbeeinnahmen ein Beitrag zu den Kosten erwirtschaftet oder sonst eine Vergütung für die erbrachte Dienstleistung gewährt wird.

Für das Vorliegen einer wirtschaftlichen Tätigkeit ist gemäß der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VwGH) entscheidend, *„ob die erbrachte Leistung im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit des Leistungserbringers erbracht wird, das heißt einer Tätigkeit, in deren Zug Leistungen (seien es Leistungen derselben Art oder andere Leistungen, etwa im Verhältnis von Haupt- und Nebenleistungen bzw. Leistungen zu Werbezwecken ...) in der Regel entgeltlich erbracht werden.“* (VwGH 05.10.2021, Ra 2021/03/0061, unter Hinweis auf EuGH 15.09.2016, C-484/14, *Mc Fadden*, Rn. 41, unter Hinweis auf EuGH 11.09.2014, C-291/13, *Papasavvas*).

In dem zitierten Erkenntnis folgt der VwGH der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Dienstleistungsbegriff in Zusammenhang mit Diensten der Informationsgesellschaft. Der EuGH prüft dabei jeweils, ob die Leistung unter Teilnahme am Wirtschaftsleben erbracht wird, was etwa in Fällen, in den eine bestimmte Leistung zu Werbezwecken erbracht wird, bejaht wird. Voraussetzung für das Vorliegen einer Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV ist damit, dass der konkrete Dienst im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit erbracht wird, auch wenn die Vergütung für den konkreten Dienst nicht notwendig von denjenigen bezahlt wird, denen der Dienst zugutekommt.

Für das Vorliegen einer Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV ist somit ihr wirtschaftlicher Charakter ausschlaggebend; es ist aber nicht erforderlich, dass der Leistungserbringer mit Gewinnerzielungsabsicht handelt (vgl. VwGH 05.10.2021, Ra 2021/03/0061, mit Hinweis auf EuGH 18.12.2007, C-281/06, *Jundt*, Rn. 32f). Das in Art. 57 AEUV normierte

Erfordernis der Entgeltlichkeit von Dienstleistungen ist nicht zuletzt aufgrund der Formulierung „in der Regel“ in gewisser Weise abstrakt und damit weit zu verstehen. Dementsprechend ist etwa eine unmittelbare Gegenleistung zwischen Dienstleistungsempfängenden und Dienstleistungserbringenden nicht zwingend erforderlich, ebenso wenig wie eine unmittelbare rechtliche Beziehung zwischen diesen beiden (vgl. EuGH, Rs. 352/85, Slg. 1988, 2085, Rn 16 – *Bond van Adverteerders*; *Lenz/Borchardt*, EU-Verträge, Kommentar zu Art. 56, 57 AEUV, Rz 12f). Die Dienstleistungserbringung muss jedoch zu einem gewissen Erwerbszweck erfolgen (*Lenz/Borchardt*, EU-Verträge, Kommentar zu Art. 56, 57 AEUV, Rz 9, m.w.N.; KommAustria 25.09.2012, KOA 1.950/12-042).

Die drei verfahrensgegenständlichen Kanäle stehen im Zusammenhang mit der Präsentation der von der Mediendienstanbieterin produzierten oder zumindest bezugnehmenden Beiträge der „Salzburger Nachrichten“. Der Umstand, dass in den Kanälen und den einzelnen Videos keine Werbeschaltungen Dritter integriert werden, ändert nichts daran, dass die Mediendienstanbieterin mit diesen Kanälen (auch) Eigenwerbung für die Beiträge ihres Gesamtangebots (Print und Online) „Salzburger Nachrichten“ betreibt, um daraus in weiterer Folge bzw. mittelbar Umsätze für ihr Geschäftsfeld lukrieren zu können. Werbung und damit auch Eigenwerbung stellt unzweifelhaft eine Wirtschaftstätigkeit dar, zumal diese typischerweise der Steigerung des Bekanntheitsgrades der beworbenen Dienstleistung dient, um dem Anbieter der Leistung zu größerem Umsatz zu verhelfen (vgl. auch § 2 Z 2 lit. a AMD-G; *Kogler/Trainer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, S.433, S. 457, zur Eigenwerbung).

Hinzu kommt, dass auf den drei verfahrensgegenständlichen Kanälen jeweils eine Verlinkung zumindest auf das Webseitenangebot zu finden ist. Schon allein dieser Umstand lässt darauf schließen, dass mit den gegenständlichen Diensten am Wirtschaftsleben teilgenommen wird und sämtliche Dienste eine Wirtschaftseinheit bilden.

Es ist somit das Vorliegen einer Dienstleistungseigenschaft im Sinne der Art. 56 und 57 AEUV für die Kanäle der eigenen Webseite und jenen auf Instagram- und Facebook zu bejahen.

4.2.1.2. Zur redaktionellen Verantwortung

Die redaktionelle Verantwortung für die Gestaltung des audiovisuellen Mediendienstes ist zentraler Anknüpfungspunkt.

§ 2 Z 28b AMD-G lautet:

„redaktionelle Verantwortung: die Ausübung einer wirksamen Kontrolle sowohl hinsichtlich der Zusammenstellung der Sendungen als auch hinsichtlich ihrer Bereitstellung entweder anhand eines chronologischen Sendeplans eines Fernsehprogrammes oder mittels eines Katalogs eines audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf;“

§ 2 Z 20 AMD-G lautet:

„Mediendienstanbieter: die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des audiovisuellen Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden;“

Gemäß § 2 Z 28b AMD-G ist die redaktionelle Verantwortung bei audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf als Ausübung einer wirksamen Kontrolle sowohl hinsichtlich der Zusammenstellung der Sendungen als auch hinsichtlich ihrer Bereitstellung mittels eines Katalogs zu verstehen. Mediendienstanbieter gemäß § 2 Z 20 AMD-G ist derjenige, der dabei die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des audiovisuellen Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden.

Die Mediendienstanbieterin trifft die Entscheidung, wie die Inhalte erstellt und anschließend auf den Seiten <https://www.sn.at/video>, <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> und https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr hochgeladen werden. Es gibt im Übrigen keine Anhaltspunkte, dass die Mediendienstanbieterin nicht die Entscheidung trifft, welche Videos hochgeladen werden. Im Sinne der genannten Bestimmungen des AMD-G trägt somit die Mediendienstanbieterin die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte der gegenständlichen Angebote und bestimmt, wie diese gestaltet werden. Es ist daher davon auszugehen, dass die Mediendienstanbieterin die redaktionelle Verantwortung für die verfahrensgegenständlichen Kanäle trägt.

4.2.1.3. Zum Hauptzweck des Angebots oder eines abtrennbaren Teils der Bereitstellung von Videos

Voraussetzung für das Vorliegen eines audiovisuellen Mediendienstes gemäß § 2 Z 3 und Z 4 AMD-G ist weiter, ob der Hauptzweck oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung bereitzustellen.

Bei den unter den Internetadressen <https://www.sn.at/video>, <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> und https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr betriebenen Kanälen handelt es sich um eigenständige, abgrenzbare Angebote, deren Hauptzweck es ist, Videoinhalte verfügbar zu machen. Es handelt sich daher um Angebote im Sinne des § 2 Z 3 und 4 AMD-G.

4.2.1.4. Vorliegen von Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung

Weiters ist zu prüfen, ob die bereitgestellten Videos auch Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung darstellen.

§ 2 Z 30 AMD-G lautet:

„Sendung: ein einzelner, in sich geschlossener Teil eines audiovisuellen Mediendienstes, der unabhängig von seiner Länge aus einer Abfolge von Bewegtbildern mit oder ohne Ton besteht und Bestandteil eines von einem Mediendienstanbieter erstellten Sendeplans oder Katalogs ist; der Begriff schließt insbesondere Spielfilme, Videoclips, Sportberichte, Sitcoms, Dokumentationen, Nachrichten-, Kunst- und Kultursendungen, Kindersendungen und Originalproduktionen ein;“

Die Gesetzesmaterialien zur Novelle BGBl. I Nr. 150/2020 (462 dB XXVII. GP, 7) halten im Zusammenhang mit der Begriffsabgrenzung in § 2a AMD-G jedoch Folgendes fest:

„Erneut ist auch im Zusammenhang mit der nun zur Klarstellung eingefügten Negativabgrenzung zu betonen, dass ein audiovisueller Mediendienst auf Abruf in inhaltlicher Hinsicht nur dann vorliegt, wenn er mittels eines Katalogs Sendungen (Z 30) zur Information, Bildung oder

Unterhaltung bereitstellt. Die Anforderungen der die Richtlinie umsetzenden Bestimmungen des AMD-G (etwa auch zu den Europäischen Werken oder zur Barrierefreiheit) gelten wie in der unionsrechtlichen Vorgabe nur für massenmediale Erscheinungsformen das heißt, solche (vgl. ErwG 21), die für den Empfang durch einen wesentlichen Teil der Allgemeinheit bestimmt sind und bei dieser eine deutliche Wirkung entfalten könnten.‘ Nur diese potentielle Wirkung und ihre dadurch hergestellte Eignung, im Markt der auch durch kommerzielle Kommunikation finanzierten audiovisuellen Dienstleistungen in Konkurrenz zu anderen massenmedialen Angeboten zu treten, rechtfertigen eine Gleichbehandlung im Sinne der von der Richtlinie intendierten „fairen Wettbewerbsbedingungen“ (vgl. ErwG 2, 4 und 10 der Richtlinie 2010/13/EU). In diesem Sinn umfasst Abs. 1 eine demonstrative Aufzählung, die nicht ausschließt, dass auch andere, nicht explizit beschriebene Angebote mangels Erfüllung der Elemente der Definition gar nicht in den Anwendungsbereich fallen. In Verbindung mit dem zusätzlichen Erfordernis, dass die Inhalte nicht anderweitig eigenständig verwertet werden dürfen, kann besser abgegrenzt werden, welche audiovisuellen Angebote nicht als derartige im Wettbewerb um Zuschauer/innen und um Werbeeinnahmen ‚kämpfende‘ Dienste gelten; vgl. zu dieser Negativabgrenzung auch die Beispiele bei Kogler, Fernsehähnliches TV-On Demand - Was ist (k)ein "Audiovisueller Mediendienst auf Abruf" ?, MR 2011/228.“

Auf den vorliegenden Kanälen werden hauptsächlich Videos zu aktuellen politischen und gesellschaftspolitischen Themen zum Abruf bereitgestellt werden.

Hinzu kommt, dass der Instagram-Kanal derzeit ca. 52.700 Follower und der Facebook-Kanal ca. 145.604 Follower hat. Die Anzahl der Follower oder der Aufrufe des Kanals der eigenen Webseite ist zwar nicht ersichtlich, dennoch ist aufgrund der nahezu täglichen Einspeisung von Videomaterial und in Gesamtschau aller Kanäle davon auszugehen, dass auch hier das Angebot ähnlich breit genutzt wird.

Die KommAustria geht davon aus, dass die vorliegenden Angebote der drei Kanäle im Sinne des ErwG 21 der Richtlinie 2010/13/EU und den zitierten Erläuterungen geeignet sind, aufgrund der hohen Zahl an Abonnenten bzw. der nahezu täglichen Einpflegung des Kanals, am massenmedialen Markt teilzunehmen und somit im Sinne eines „Massenmediums“ deutliche Wirkung in der Weise zu erzielen, dass es in Konkurrenz zu solchen massenmedialen Angeboten tritt.

Die auf den Kanälen der eigenen Webseite und jenen auf Instagram- und Facebook bereitgestellten Videos stellen daher Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung im Sinne der AVMD-RL dar.

4.2.1.5. Zur Allgemeinheit

Für das Vorliegen eines audiovisuellen Mediendienstes fordert § 2 Z 3 AMD-G ausdrücklich, dass sich ein solcher an die „Allgemeinheit“ richtet. Im Sinne dieser Bestimmung muss der Mediendienst daher technisch für jede Person abrufbar sein.

Die verfahrensgegenständlichen Angebote sind für jede Person unter den im Spruch genannten Internetadressen abrufbar. Es besteht daher nach Ansicht der KommAustria kein Zweifel daran, dass die Mediendienstanbieterin die jeweiligen Videos der allgemeinen Öffentlichkeit bereitstellt.

4.2.1.6. Zum elektronischen Kommunikationsnetz

Die Verbreitung der Angebote erfolgt unter Nutzung des offenen Internets und damit über ein elektronisches Kommunikationsnetz.

4.2.1.7. Zusammenfassung

Damit sind alle gesetzlichen Kriterien für das Vorliegen von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf – sowohl für den Kanal der eigenen Webseite als auch für die Kanäle auf Instagram und auf Facebook – im Sinne des § 2 Z 3 (und 4) AMD-G gegeben. Zusammenfassend geht die KommAustria daher davon aus, dass es sich bei dem von der Mediendienstanbieterin unter den <https://www.sn.at/video>, <https://www.instagram.com/salzburgernachrichten/> und https://www.facebook.com/salzbürger.nachrichten/video?_rdr bereitgestellten Angeboten jeweils um audiovisuelle Mediendienste (auf Abruf) im Sinne des § 2 Z 3 (und Z 4) AMD-G handelt, die gemäß § 9 AMD-G anzeigepflichtig sind.

Wie sich aus den Sachverhaltsfeststellungen ergibt, reichen die Bereitstellungsdaten der Videos auf den gegenständlichen Kanälen jedenfalls bis ins Jahr 2019 zurück, nämlich bis 1. Mai 2019 bzw. bis 5. Dezember 2019. Die Anzeige der gegenständlichen Kanäle erfolgte allerdings erst am 24.07.2025.

Somit hat die Mediendienstanbieterin, die die Abrufdienste sohin seit zumindest mehr als zwei Monaten betreibt, die Bestimmung des § 9 Abs. 1 AMD-G, wonach Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf ihre Tätigkeit spätestens zwei Monate nach Aufnahme der Tätigkeit anzuzeigen haben, mangels Vornahme einer (rechtzeitigen) Anzeige verletzt (Spruchpunkt 1.).

4.3. Ausspruch gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G (Spruchpunkt 2.)

Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G hat die Regulierungsbehörde in ihren Bescheid im Falle der Feststellung einer Rechtsverletzung einen Ausspruch aufzunehmen, ob es sich um eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieses Bundesgesetzes handelt.

Die Bestimmung des § 9 Abs. 1 AMD-G sieht für Fernsehveranstalter eine Anzeigeverpflichtung vor Aufnahme ihrer Tätigkeit, und für Anbieter von Mediendiensten auf Abruf spätestens zwei Monate nach Aufnahme ihrer Tätigkeit, vor.

Zweck der Bestimmung des § 9 Abs. 1 AMD-G ist es, der Behörde die Rechtsaufsicht – durch die Möglichkeit, sich Kenntnis über die am Markt tätigen Rundfunkveranstalter und Mediendienstanbieter zu verschaffen – überhaupt zu ermöglichen. Darüber hinaus soll sie der Behörde unter anderem die Überprüfung der Einhaltung der Vorschriften hinsichtlich der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse (§§ 10 und 11 AMD-G) ermöglichen bzw. bedeutend erleichtern (*Kogler/Traimer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, 488 mwN). Bei einer Verletzung des § 9 Abs. 1 AMD-G handelt es sich somit um eine Umgehung der regulatorischen Vorschriften, deren Beachtung eine konstituierende Voraussetzung regulatorischer Tätigkeit darstellt und damit nach Ansicht der KommAustria grundsätzlich das Vorliegen einer schwerwiegenden Verletzung im Sinne des § 62 Abs. 4 AMD-G nahe legt.

Die KommAustria geht aber davon aus, dass nicht jeder Verstoß gegen die Anzeigeverpflichtung des § 9 Abs. 1 AMD-G per se eine schwerwiegende Verletzung im Sinne des § 62 Abs. 4 AMD-G darstellt. Vielmehr erscheint es auch in diesen Fällen geboten, eine Einzelfallbetrachtung unter

Berücksichtigung der konkret unterlassenen Anzeige und ihrer möglichen Auswirkungen vorzunehmen (vgl. in diesem Sinne BKS 09.03.2009, GZ 611.192/0001-BKS/2009).

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang insbesondere, dass die Mediendiensteanbieterin zwischenzeitig die drei verfahrensgegenständlichen Abrufdienste zwischenzeitig angezeigt und auch sämtliche für die Erhebung des Sachverhalts relevanten Angaben getätigt hat.

Insgesamt geht die KommAustria daher davon aus, dass es sich bei der vorliegenden Verletzung des § 9 Abs. 1 AMD-G im konkreten Fall um keine schwerwiegende Rechtsverletzung handelt (Spruchpunkt 2.).

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 50,- an das Finanzamt Österreich (IBAN: AT830100000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / GZ 2025-0.302.440-3-A“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 30.12.2025

Kommunikationsbehörde Austria

Mag.Dr. Gerhard Holley, LL.M.
(Mitglied)